

Statement von GEW, DGB und SFR e.V.

Maßnahmen gegen Verschärfung der Bildungsungleichheit dringend gefordert

Seit Montag sind die Abschlussklassen an die weiterführenden Schulen in Sachsen zurückgekehrt. Voraussichtlich am 4. Mai beginnt auch für die ersten Grundschüler*innen wieder der Unterricht. Für Lehrkräfte und Schüler*innen wird spätestens dann deutlich, wovon Bildungsexpert*innen warnen: Zu viele Schüler*innen sind in den letzten Wochen am Lernen zu Hause gescheitert.

Eine aktuelle Studie des DIW Berlin (Huebener, Schmitz) kommt zu dem Schluss, dass insbesondere leistungsschwächere Schüler*innen dem Risiko ausgesetzt sind, den Anschluss zu verlieren. Nicht nur die Motivation der Lernenden, sondern auch die Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern, deren Bildungshintergrund, die Wohnsituation und die technische Ausstattung der Familien haben großen Einfluss auf den Erfolg des häuslichen Lernens.

Besonders massive Benachteiligungen bei Hausunterricht sind zu erwarten bei Familien mit mehreren Kindern, bei Alleinerziehenden, bei neu zugewanderten Familien und Familien, die auf Grundsicherung angewiesen sind.

Die Bildungsgewerkschaft GEW Sachsen fordert daher, dass Schulbehörden und Schulträger Maßnahmen ergreifen, um die Verschärfung der bestehenden Bildungsungleichheit zu begrenzen. Dazu sollten insbesondere gehören:

1. Prüfungen, die vor den Schulschließungen fertig gestellt worden sind, müssen angepasst werden. Es dürfen nur Inhalte abgefragt werden, die im Unterricht vor den Schließungen abschließend behandelt wurden.
2. Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen, Schüler*innen, die in der ersten und zweiten Phase Deutsch als Zweitsprache lernen, versetzungsgefährdete Schüler*innen sowie Schüler*innen aus besonders geforderten Familien sollten nach Sicherstellung der erforderlichen hygienischen Voraussetzungen als erstes die Schulen wieder besuchen dürfen.
3. Schulen in benachteiligten sozialen Lagen müssen kurzfristig mit digitalen Endgeräten zu Ausleihen ausgestattet werden und bei der Umsetzung des Digitalpakts bevorzugt werden, damit während der Schulschließungen entstandene Defizite ausgeglichen werden können.

Uschi Kruse, Vorsitzende der GEW Sachsen, betont: *„Es reicht nicht festzustellen, dass Schüler*innen sehr unterschiedlich von den erschwerten Lernbedingungen in der Corona-Krise betroffen sind. Es müssen auch konkrete Schritte zu deren Unterstützung gegangen werden.“*

Julia Mahmoudi vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. weist auf die prekäre Situation der geflüchteten Schüler*innen hin: *„Als 'Lernen zu Hause' kann die Beschulung in einer Gemeinschaftsunterkunft nicht bezeichnet werden. Kinder und Jugendliche, die dort leben, benötigen einen hohen Bedarf an pädagogischer und technischer Unterstützung. Das muss gewährleistet werden!“*

Nachbesserungsbedarf bei den aktuellen Regelungen sieht auch André Schnabel, Regionsgeschäftsführer des DGB-Bezirktes Dresden-Oberes Elbtal, der hervorhebt: *„Die spezielle Situation an berufsbildenden Schulen muss mit bedacht werden. Von den aktuellen Maßnahmen des SMK sind zum Beispiel Schüler*innen im Berufsvorbereitungsjahr ausgeschlossen. Gerade sie brauchen aber Hilfe am Nötigsten.“*

Anja Apel, Lehrerin und Stadträtin in Dresden kritisiert: *"Wir bekommen jetzt zu spüren, was wir im Bereich der Digitalisierung an den Schulen versäumt haben. Statt durch die vielfältigeren Möglichkeiten des digitalen Lernens zur Förderung aller Schüler*innen beizutragen, wie es schon in anderen Ländern geschieht, verschärft sich bei uns die Situation der Bildungsungleichheit. Das muss sich ändern."*

Pressekontakt:

Juri Haas, GEW Sachsen, Tel.: 0163-6850876 / E-Mail: juri.haas@gew-sachsen.de